

II-7998 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4065 IJ

1989-06-29

A n f r a g e

der Abgeordneten Dkfm. Ilona Graenitz
und Genossen

an die Frau Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie
betreffend Verwaltungsmängel

In letzter Zeit häufen sich Fälle, die zeigen, daß die Frau Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie offenbar nicht in der Lage ist ihr Ressort so zu führen, wie das im Sinne einer ordentlichen und seriösen Verwaltung notwendig ist. So werden z.B. zu einer so wichtigen Materie, wie der Umweltdoktrin, Briefe geschrieben, die das Datum 7. Juni 1989 tragen (und in denen aufgefordert wird, bis "längstens 5. Juni 1989" Stellungnahmen abzugeben).

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher in diesem Zusammenhang an die Frau Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie nachfolgende

A n f r a g e n :

- 1) Welchen Sinn hat es, Mitglieder des Nationalrates für eine Arbeitssitzung zu Erarbeitung einer Umweltdoktrin einzuladen, wenn diese Arbeitssitzung für den 29. Juni 8.30 Uhr anberaumt wird, also genau eine halbe Stunde vor Beginn der großen Integrationsdebatte im Nationalrat?
- 2) Welchen Sinn hat es, in einem Schreiben vom 7. Juni (das beim Empfänger wesentlich später eingelangt ist) mitzuteilen, daß die Zustimmung des Empfängers angenommen wird, wenn nicht "bis längstens 5. Juni" eine anderslautende Stellungnahme einlangt?
- 3) Sind Sie bereit, in Hinkunft dafür Sorge zu tragen, daß derartige Fehlleistungen unterbleiben?